



## **EDV-Länderbericht Schleswig-Holstein**

Stand: Juli 2007

### ***Allgemeiner Stand der Modernisierung in der Schleswig-Holsteinischen Justiz***

Durch eine Reihe nachfolgend beschriebener Modernisierungsprojekte wurde eine effektive und wirtschaftliche Erledigung der Aufgaben der Justiz erreicht. Bei gleichzeitiger Personaleinsparung konnten eine Verbesserung der Bearbeitungsqualität und eine Verkürzung der Erledigungszeiten erreicht werden.

So stehen z.B. zusätzlich, zu den in der Justiz eingesetzten Fachanwendungen, an allen Arbeitsplätzen Büروفunktionen wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und elektronische Post zur Verfügung und nach Bedarf auch direkte Internetzugänge für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Über ein Justizintranet (Just) können die juristischen Informationssysteme [juris](#), [Beck-ONLINE](#) und [ibr-online](#) direkt am Arbeitsplatz genutzt werden.

Einen Schwerpunkt der weiteren Modernisierungsbestrebungen stellt die Sicherung und Verbesserung des erreichten Standes im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses, insbesondere unter Nutzung der Werkzeuge des Qualitätsmanagements, dar.

Über die eigenen Modernisierungsprojekte hinaus wurden auch die ressortübergreifenden Projekte des Landes Schleswig-Holstein umgesetzt bzw. gestartet. Hierzu zählen:

- die Erarbeitung eines vom landesweiten Standard abgeleiteten justizspezifischen Infrastrukturansatzes,
- ein Projekt „Kosten- und Leistungsrechnung in der Justiz“.

### **Reorganisation und IT-Unterstützung der Staatsanwaltschaften (MESTA)**

Im Bereich der Staatsanwaltschaften ist das Projekt MESTA durchgeführt worden ("Mehr-Länder-**Staatsanwaltschafts**automation" unter Beteiligung der Länder Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein). Diese flächendeckende Automationsunterstützung der Staatsanwaltschaften hat das Anfang der 80er Jahre eingeführte Großrechnerverfahren GAST abgelöst. Ende 1998 konnte das Projekt abgeschlossen werden. Insgesamt wurden etwa 700 Arbeitsplätze bei allen vier Staatsanwaltschaften durch die Generalstaatsanwaltschaft umgestellt.

Die IT-Unterstützung bildet die Basis für umfassende Reorganisationen der Arbeitsabläufe in den Staatsanwaltschaften. MESTA ist eine umfassende Softwarelösung für die Unterstützung aller Arbeitsvorgänge in einer Staatsanwaltschaft. Sowohl bei der Erfassung von Taten und Delikten, Geschädigten und Beschuldigten als auch bei Auskünften, Gesetzesrecherchen und der fallspezifischen Korrespondenz assistiert MESTA leistungsstark und professionell.

Die Software MESTA ist eine herstellerunabhängige, modular aufgebaute Anwenderlösung, die sich bezüglich Hard- und Software ausschließlich auf Standardprodukte stützt. Die zukünftigen Investitionsentscheidungen der Landesjustizverwaltungen sind damit weitgehend frei von den Einflüssen der Herstellerfirmen, da der Wettbewerb bei der Beschaffung stärker zur Geltung kommt als bei speziellen Firmenlösungen.



Die Umsetzung aktueller Änderungs- und Ergänzungserfordernisse ist über einen mit Dataport – dem IT-Dienstleister der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg – abgeschlossenen Pflegevertrag sichergestellt. So wird derzeit an einem technischen Redesign gearbeitet.

Aus der MESTA-Umgebung heraus wird die elektronische Kommunikation mit Registern und anderen Behörden, unter anderem seit Juni 1999 das „Zentrale Staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister“, betrieben.

Weitere Informationen zum Programm MESTA finden Sie im Internetangebot des beauftragten Softwareherstellers Dataport ([www.dataport.de](http://www.dataport.de)) unter “Produkte – Produktkatalog”.

### **Datenaustausch Polizei – Justiz**

Insbesondere soll der Datenaustausch zwischen den Fachverfahren der Polizei (@rtus, INPOL, ...) und denen der Justiz (MESTA, RaSch, ...) ermöglicht werden. Weiter sind durch neue rechtliche Rahmenbedingungen Einsichtnahmen in bisher für Polizei und Staatsanwaltschaft nicht zugängliche Informationssysteme gestattet worden, die es zu berücksichtigen gilt.

Dabei sind die Datenbanksysteme aufgezählt, die den jeweiligen Behörden zur Verfügung stehen sollten. Neben den Systemen bei Dataport (@rtus, INPOL-L, Lichtbild, Register (RaSch), Grundbuch (FOLIA), ...) sind auch die Systeme des BKA (DNA, Fahndung, ...) und des BfJ (ZStV) zu betrachten.

Durch die XJustiz-Schnittstelle in @rtus und den Zugriff der Polizei auf die Register der Justiz (Registerautomation, Grundbuch, ...) konnten die ersten Forderungen zur Kommunikation zwischen Gerichten und Staatsanwaltschaften umgesetzt werden.

### **Strukturreform in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit (MEGA)**

Im Rahmen des von 1996 bis 2002 durchgeführten Projektes MEGA („**M**ehrländer **G**erichts-**a**utomation“) wurden die Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Forschungsvorhaben des Bundesministeriums der Justiz zur Strukturanalyse der Rechtspflege durch Änderung der Aufbau- und Ablauforganisation in der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit Schwerpunkt in den 27 Amtsgerichten des Landes umgesetzt. Insbesondere wurden Serviceeinheiten mit technischer Unterstützung durch die Fachanwendung MEGA gebildet und die Abläufe innerhalb der Gerichte gestrafft.

Der Projektabschluss fand in Form einer Organisationsuntersuchung statt. Die Ergebnisse der Untersuchung bilden die Basis für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in den Gerichten, für den unter anderem die Instrumente des Qualitätsmanagements eingesetzt werden.

Die durch die Länder Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelte Fachanwendung **MEGA** unterstützt einen hohen Anteil der Aufgaben der ordentlichen Gerichte. Allein in den Amtsgerichten werden individuelle MEGA-Module für sechs Rechtsbereiche angeboten. Dazu kommen Module für Landgericht (Zivil- und Strafsachen) und Oberlandesgericht (Zivil- und Familiensachen). Weitere Rechtsbereiche werden mit grundlegenden Basisfunktionalitäten unterstützt.

Für die Insolvenzabteilungen steht seit Einführung des neuen Insolvenzrechts im Jahre 1999 das von Brandenburg und Schleswig-Holstein Programm **MegaInsO** zur Verfügung, das neben den klassischen Geschäftsstellenfunktionalitäten umfassende Funktionen für den Dezentralen Arbeitsplatz bietet.



Während MEGA vor allem auf die Unterstützung der Arbeit der Serviceeinheiten ausgerichtet ist, rücken nunmehr verstärkt die Arbeitsabläufe zwischen Serviceeinheiten und DezernentInnen in den Fokus der Fortentwicklung. Zur Unterstützung der Abläufe wurde das Programm **Judex** für den Richterarbeitsplatz (Zivilsachen Landgericht) entwickelt, das mit der Geschäftsstellenautomation MEGA zusammenarbeitet. Im Rahmen eines im Jahr 2002 begonnenen Projektes wird die Software für den Einsatz in den Amtsgerichten fortentwickelt.

Mit der Einführung des Richterarbeitsplatzes einher geht die Einführung der neuen Schreibauftragstechnik **MegaSAT**, die ab 2006 flächendeckend die Mega-Schreibauftragstechnik ablösen wird. Die MegaSAT wird mit MEGA wie auch mit Judex eingesetzt werden und stellt damit ein weiteres Bindeglied zwischen Dezernentenarbeitsplatz und Serviceeinheit dar. Der besondere Vorteil der MegaSAT liegt in der überaus einfachen Vorlagenerstellung, die neben dem zentral administrierten Formularbestand auch die Erstellung individueller Formulare durch die Dezernenten ermöglicht.

Weiter wurde zur Vereinfachung und Beschleunigung der Kommunikation mit dem **Bundeszentralregister** und dem **Verkehrszentralregister** die Ablösung der schriftlichen Kommunikationswege, für die nur Übergangsgenehmigungen bestehen angegangen. Dabei wurde in einem gemeinsamen Projekt mit dem Land Brandenburg eine Fachanwendung erstellt, mit der die Erfassung elektronischer Anfragen und Mitteilungen an die Register unter Nutzung des in der Gerichtsautomation vorhandenen Datenbestandes möglich ist. Die elektronische Kommunikation mit dem Bundeszentralregister wurde erfolgreich eingeführt und in weiteren Schritten sollen die von einem Zulassungsverfahren des Kraftfahrtbundesamtes abhängige elektronische Kommunikation mit dem Verkehrszentralregister sowie die elektronische Entgegennahme der seitens der Register erteilten Auskünfte eingeführt werden.

Zusätzlich wurde die elektronische Bekanntmachung von **Insolvenzsachen im Internet** ermöglicht. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können jetzt etwa 80 % der Insolvenzveröffentlichungen über das Internet abgewickelt werden. Das schleswig-holsteinische Projekt zum Anschluss an das bundesweite Veröffentlichungssystem wurde in sämtlichen schleswig-holsteinischen Insolvenzgerichten eingeführt.

Im Rahmen der Amtsgericht Strukturreform in Schleswig-Holstein konnte in MEGA eine XML-Schnittstelle etabliert werden, die den Datenaustausch nicht nur zwischen den Amtsgerichten, sondern perspektivisch auch zwischen verschiedenen Instanzen bzw. den Staatsanwaltschaften ermöglicht.

### **Elektronisches Grundbuch**

Parallel zu den Reorganisationsmaßnahmen in den Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften im Rahmen der Projekte MEGA und MESTA waren die Vorarbeiten für die Einführung des elektronischen Grundbuchs aufgenommen worden. Auch die Arbeitsabläufe in den Grundbuchämtern sollen soweit wie möglich optimiert werden. Dies kann bei Beibehaltung des Papiergrundbuchs nicht erreicht werden. In Schleswig-Holstein werden zurzeit ca. 1,2 Millionen Grundbücher geführt. Ziele der Umstellung auf maschinelle Führung sind:

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein;
- Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, für die Kreditinstitute und Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung;
- Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens;



- schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden.

Nach umfangreichen Prüfungen und Bewertungen der drei vorhandenen bzw. sich in Entwicklung befindenden IT-Lösungen hat die Landesjustizverwaltung Schleswig-Holstein sich Mitte 2000 für eine Übernahme der Lösung FOLIA/EGB aus Baden-Württemberg entschieden.

Mit FOLIA/EGB werden die Voraussetzungen geschaffen, die Grundbuchdaten durch eine Nacherfassung in strukturierter Form für die Bearbeitung in den Grundbuchämtern und für die Auskunft externer berechtigter Nutzer bereitzustellen. Die Sicherheit der Daten wird (erstmalig für ein elektronisches Grundbuch in Deutschland) durch digitale Signaturen mit Smartcards gewährleistet, die bisherige handschriftliche Unterschrift durch die verantwortlichen Beamtinnen und Beamten ersetzen.

Ende 2001 wurde mit der Einführung von FOLIA/EGB in Schleswig-Holstein begonnen. Bis Ende 2006 wurden alle Grundbuchämter ausgestattet und umgestellt. Die Realisierung eines zentralen Archivierungs- und Internet-Auskunftssystems ist technisch abgeschlossen und freigegeben worden. Details zum Auskunftsverfahren finden sich unter [www.grundbuch-sh.de](http://www.grundbuch-sh.de).

Wie alle anderen Bundesländer arbeitet Schleswig-Holstein aktiv am Redesign-Projekt für das zukünftige Datenbankgrundbuch mit.

Ausführliche Informationen zu FOLIA/EGB finden Sie im Internet bei unserem Projektpartner Baden-Württemberg unter [www.elektronisches-grundbuch.de](http://www.elektronisches-grundbuch.de).

### **Registerautomation**

Das schwerpunktmäßig beim Amtsgericht Kiel für das Land Schleswig-Holstein durchgeführte Projekt RaSch (**Registerautomation Schleswig-Holstein**) erzielt die Umorganisation der Registergerichte bei gleichzeitiger Einführung der elektronischen Registerführung. Das Projekt ist weit vorangeschritten. Das Amtsgericht Kiel startete im Juli 2004 als erstes elektronisches Registergericht des Landes; das Amtsgericht Flensburg folgte im Februar 2005. Bis Ende 2005 wurden sämtliche Registergerichte auf elektronische Registerführung umgestellt. Mit Einführung der elektronischen Registerführung einher geht die Konzentration der Registergerichte auf vier Standorte.

Als Fachanwendung wurde nach ausführlicher Bewertung der in Frage kommenden Produkte die Registerautomationssoftware **Aureg** gewählt, die im Auftrag der Länder Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein entwickelt wird. Diesem Entwicklungsverbund ist das Land Bremen beigetreten. Die Fachanwendung Aureg erfüllt die fachlichen Anforderungen der Registergerichte in besonderem Maße. Sie ist durch ihren modularen Aufbau und den Einsatz moderner Technologien gut erweiterbar und daher für zukünftig zu erwartende rechtliche oder organisatorische Änderungen gerüstet.

Weiter dient das Projekt Registerautomation auch als Motor für allgemeine Modernisierungsvorhaben im Bereich IT der Justiz in Schleswig-Holstein. So wird mit der Umsetzung der SLIM IV-Richtlinie zum 01.01.2007 ein elektronischer Briefkasten und ein Dokumentenmanagementsystem eingesetzt, also eine komplette elektronische Akte geführt. Diese IT-Infrastrukturen werden z. B. auf einen allgemeinen Einsatz in der Justiz untersucht.

### **Automatisiertes Mahnverfahren**

**Historie:** Projektauslöser war Mitte des Jahres 2000 die Ankündigung eines Antragstellers jährlich ca. 100.000 Mahnverfahren zusätzlich in Schleswig-Holstein (SH) zu beantragen.



Hierdurch ergab sich eine neue Antragsituation. Eine Wirtschaftlichkeitsstudie empfahl, die Einführung des automatisierten Mahnverfahrens in SH in zwei Phasen zu planen.

**Aktueller Stand:** Die erste Phase, die bereits mit Aufnahme des Echtbetriebes im September 2002 realisiert wurde, führte zu einer zentralen, maschinellen Bearbeitung der Mahnverfahren im Amtsgericht Schleswig, die mit einem lediglich maschinell lesbaren Mahnantrag eingeleitet werden (sog. DTA-Verfahren).

Die maschinelle Verarbeitung erfolgt bei Dataport. Dataport ist der Zusammenschluss der Datenzentrale Schleswig-Holstein und des Landesamtes für Informationstechnik Hamburg, wo das gleiche IT-Verfahren bereits für Hamburg und Bremen betrieben wird. Seit Aufnahme des Echtbetriebes wurden über 300.000 Mahnverfahren bearbeitet, so dass binnen kürzester Zeit die Wirtschaftlichkeit erreicht wurde und sich die getätigten Prognosen der zugrundeliegenden Wirtschaftlichkeitsstudie als richtig erwiesen. Mit der Einführung einer signaturgesetzkonformen Datenübermittlung über das Medium Internet mit der Anwendung "ProfiMahn" ist in 2005 eine weitere Ausbaustufe realisiert worden.

Die Umsetzung der letzten Phase mit dem Ziel, der zentralen maschinellen Bearbeitung aller Mahnverfahren in Schleswig - Holstein und der Einführung des Belegleseverfahrens, ist Ende 2006 erfolgreich abgeschlossen worden.

### **Sozialgerichtsbarkeit**

Wie im MEGA-Projekt sind auch in der Sozialgerichtsbarkeit (Landessozialgericht und 4 Sozialgerichte) strukturelle Änderungen im Bereich der Geschäftsstellen und der Kanzlei vorgenommen worden, indem die sog. Serviceeinheiten gebildet wurden. So besteht in der Sozialgerichtsbarkeit zz. mit rd. 130 PC-Arbeitsplätze eine Vollausrüstung.

Diese neue Ablauf- und Aufbauorganisation wurde seit 1996 durch die Software **LISA-NT** im Bereich der Serviceeinheiten flankiert. Das Programm unterstützte die Mitarbeiter/innen bei der fachspezifischen Korrespondenz, Verwaltung von Sitzungsterminen, Erstellung von Ladungen, Registerführung, Fristenkontrolle, Auskünften und Verfahrensstatistik. Seit Anfang 2006 stellt die Sozialgerichtsbarkeit auf **EUREKA-Fach** um, da die Weiterentwicklungskosten für **LISA-NT** das Projekt in einen nicht mehr wirtschaftlichen Rahmen gebracht hätten.

#### **Weitere PC-Funktionalitäten:**

In der Bücherei des Landessozialgerichts kommt das fachspezifische EDV-Verfahren *Allegro* zum Einsatz.

In der Sozialgerichtsbarkeit besteht zz. mit rd. 130 PC-Arbeitsplätze eine Vollausrüstung.

Weitere Informationen über die Sozialgerichtsbarkeit des Landes Schleswig-Holstein finden Sie unter <http://www.lsg.schleswig-holstein.de/>.

### **Verwaltungsgerichtsbarkeit**

Die etwa 145 Arbeitsplätze beim Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgericht wurden mit IT-Unterstützung ausgestattet.

Verbesserte Unterstützungsmöglichkeiten durch ein Gerichtsautomationsprogramm wurden 1999 bewertet. Auf dieser Basis wurde das unter Federführung des Landes Niedersachsen entwickelte Programm "EUREKA-Fach" eingeführt.

### **Finanzgerichtsbarkeit**

Im Finanzgericht Schleswig-Holstein ist die IT-Ausstattung bei allen möglichen Arbeitsplätzen erfolgt. Eine Vernetzung wurde im ersten Halbjahr 2002 realisiert.



Die Fachanwendung EUREKA-Fach wurde im Schleswig - Holsteinischen Finanzgericht mit Beginn des Jahres 2003 eingeführt.

### **Justizvollzug**

Im Rahmen eines Kooperationsverbundes zur gemeinsamen IT-Verfahrensentwicklung und -pflege für den Strafvollzug wurde BASIS als länderübergreifende Plattform zu einer integrierten Gesamtlösung erweitert und eingeführt. Es stellt eine komplette IT-Organisationslösung zur Abwicklung und Unterstützung aller Aufgaben in Verwaltung und Vollzug einer Justizvollzugsanstalt dar.

Die Migration nach BASIS-WEB ist schrittweise in den Jahren 2004 – 2007 in Schleswig – Holstein geplant.

Neben notwendigen Ersatzbeschaffungen finden auch noch Erstausrüstungsmaßnahmen für IT-Arbeitsplätze statt.

### **Bewährungshilfe**

Die Bewährungshilfe in Schleswig-Holstein verfügt aktuell über 64 Planstellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Sozialdienstes. Die Fachkräfte arbeiten in Dienst- und Zweigstellen an insgesamt 14 Standorten in Schleswig-Holstein. An 11 dieser Standorte sind insgesamt 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Schreib- und Verwaltungsdienst tätig.

Bundesweite Befragungen und Untersuchungen zur Klientel der Bewährungshilfe bestätigen, dass die Anzahl der Probanden seit Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kontinuierlich gestiegen ist. Zugleich weisen die Probanden eine umfangreichere und vielschichtiger Problematik als noch vor 10-15 Jahren auf. Die Bewährungshilfe sieht sich also in quantitativer wie qualitativer Hinsicht einer zunehmend größeren Problematik gegenüber, die aufgrund der gewaltigen Haushaltsprobleme aller Länder auch nicht mehr nach dem früher geltenden Prinzip „Anstieg der Probandenzahlen = Personalverstärkung in der Bewährungshilfe“ aufgefangen werden kann.

Die Zahl der Probandinnen und Probanden, die in den Jahren seit 1995 der Bewährungshilfe in Schleswig-Holstein unterstellt waren, lag in den Jahren 1985 – 1994 bei dem stabilen Wert von 3.500 Personen. Der seitdem zu verfolgende Anstieg hat zu einer Gesamtklientel von über 4.500 Personen geführt. Trotz des Anstiegs von 61 Planstellen im Jahr 1995 auf nunmehr 64 Planstellen (seit Okt. 2004) hat der Anstieg der Probandenzahlen zur Erhöhung der Fallzahlen von ca. 60 Probanden je Bewährungshelfer auf inzwischen ca. 78 Probanden je Bewährungshelfer geführt.

Die EDV in der Bewährungshilfe soll deren Effizienz verbessern, indem die vorhandenen Ressourcen Arbeitszeit und Leistungspotenzial dort zum Einsatz kommen, wo die professionelle Sozialarbeit als Bestandteil einer sozialen Strafrechtspflege dies für erforderlich hält, vorrangig in der direkten und unmittelbaren Arbeit mit der straffälligen Klientel. Der Anteil, der bislang ein überproportional hohes Maß an Verwaltungstätigkeiten sowohl bei den sozialpäd. Fachkräften als auch bei deren assistierenden Diensten beansprucht, muss dringend reduziert werden. Die Forderungen beziehen sich auf die Verschlinkung der Arbeitsabläufe in der Bewährungshilfe, deren heutige Praxis im Gegensatz zu anderen Arbeitsplätzen der Gerichte immer noch zahlreiche Anachronismen wie:

- von Hand ausgezählte und gefertigte Statistiken
- Protokolle und Vermerke werden per Post/Fax weiter geleitet
- der Großteil der Schreiben wird per Diktiergerät in Auftrag gegeben



- Fallzuweisung nach Prüfung der Karteikästen
- Probandenabgleich telefonisch und nach Karteikartenkontrolle aufweist.

Es wäre verfehlt, eine Reduzierung der Personal- und der Sachkosten messen zu wollen um Aussagen zu monetär erzielbaren Einsparungen treffen zu wollen. Hier muss eine dringend notwendige Verbesserung der Effizienz erfolgen. Eine ambulante Bewährungshilfe, deren sozialpädagogische Fachkräfte von zahlreichen Verwaltungstätigkeiten zwar nicht entbunden, jedoch spürbar entlastet werden, kann in der Einzel- und Gruppenarbeit intensiver und professioneller mit der Klientel arbeiten. Je erfolgreicher (im Sinne von positiver Normvermittlung, von Rückfallvermeidung, von Tertiärprävention etc.) die ambulante Straffälligenhilfe arbeitet, umso deutlicher hat dies Auswirkungen auf den kostenintensiven Bereich des Vollzugs.

Die gesamtgesellschaftlichen wie auch bestimmte Veränderungen der Klientel stellen sämtliche Bereiche der professionellen Sozialarbeit vor neue und umfangreiche Herausforderungen. Neben der fachlichen Weiterentwicklung (Umgang mit zunehmend gewaltbereiten Probanden, Reaktion auf neue Armut, Arbeit mit Russlanddeutschen etc.) gehören Maßnahmen zur Verschlankung und Effizienzsteigerung in allen Ländern auch für die Bereiche der ambulanten sozialen Dienste der Justiz zum aktuellen Aufgabenumfeld.

Die Fachabteilung wie auch die Bediensteten der Bewährungshilfe plädieren dafür, den begonnenen Prozess der „Qualitätssicherung und –entwicklung als Instrument in der Straffälligenhilfe“ um den Aspekt der verbesserten EDV-Ausstattung zu erweitern.

Um dieser auch bundesweit zunehmend geforderten Diskussion zu Fragen der verbesserten EDV-Ausstattung in der Bewährungshilfe Rechnung zu tragen, beauftragte die BLK für Datenverarbeitung und Rationalisierung im Frühjahr 2001 die Länder zur Erstellung einer Konzeption „EDV-Lösung für die sozialen Dienste der Justiz“, deren Abschlussbericht vorliegt. Unabhängig von der späteren Entscheidung für eine bestimmte bereichsspezifische Software waren und sind die Länder sich darin einig, dass eine zeitgemäße EDV-Ausstattung der sozialen Dienste der Justiz eine Grundvoraussetzung für deren effektive und effiziente Umsetzung zahlreicher Maßnahmen im Gesamtkatalog des Strafrechts und der Straffälligenhilfe sein muss. Vor diesem Hintergrund ist die beabsichtigte und erforderliche „Ausstattungs offensive EDV in der Bewährungshilfe in Schleswig-Holstein“ ein Schritt zur Professionalisierung dieses ambulanten sozialen Dienstes der Justiz. Die erwünschte zeitgemäße EDV-Ausstattung in der hiesigen BwH schafft die Voraussetzung für einen effizienteren Ressourceneinsatz und erhöht nicht zuletzt die Arbeitszufriedenheit aller in der Bewährungshilfe tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

So wurde die Software SoPart der Firma GAUSS beschafft und soll in 2007 im Rahmen der WTS-Lösung ABS von Dataport auf jedem Arbeitsplatz der BwH eingeführt werden.

### **Verbesserung des Informationsaustausches innerhalb der Justiz**

Die Ausstattung der Arbeitsplätze in der Justiz mit Informationstechnik zieht immer weitere Kreise. Das Informationsbedürfnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz nimmt ebenfalls zu.

Im Rahmen eines Konzeptes zum Aufbau eines internen, elektronischen Informationssystems mit den Mechanismen des Internets sollen diese Entwicklungen verknüpft werden.

Ein solches Intranet mit dem Namen **JUST** wird für die Justiz aufgebaut. In dieses System fließen die bestehenden Intranets beim Oberlandesgericht und der Generalstaatsanwaltschaft ein. Ziel ist es, einen übergreifend verfügbaren Informationspool zur Verfügung zu stellen, auf den alle mit IT ausgestatteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz zugrei-



fen können. Deshalb hat die Offenheit der Information Vorrang; Informationen, die nur von einem kleinen Personenkreis zur Kenntnis genommen werden dürfen, sind in einem ersten Schritt in einem Intranet nicht richtig aufgehoben. Gleichwohl wird es neben dem übergreifenden Angebot auch Angebote einzelner Bereiche geben.

Wesentlicher Inhalt des Intranet-Projektes ist der Aufbau funktionierender Redaktionsstrukturen. Alle Bereiche der Justiz, die Inhalte liefern sollen, sind in örtlichen oder koordinierenden Redaktionsteams vertreten. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass der im Rahmen des Projektes mühsam aufzubauende Informationsbestand nicht nach kurzer Zeit veraltet ist.

Die Redaktionsmitglieder liefern die fachlichen Beiträge, so dass zum Beispiel aktuelle Adressen, Geschäftsverteilungen, Fortbildungsangebote, justizinterne Regelwerke, Hinweise und Hilfen zur eingesetzten Software, Veranstaltungen, Haushaltsdaten, Geschäftszahlen, Hinweise auf gesetzliche Neuerungen, Informationen zum Stand justizpolitischer Vorhaben sowie Bundesratsinitiativen des Justizressorts, Arbeitsprogramme, u.v.a. bereitgestellt werden.

### **Kontakt**

Ministerium für  
Justiz, Arbeit und Europa  
des Landes Schleswig-Holstein  
Lorentzendam 35  
24103 Kiel

Dr. Nils Trares-Wrobel  
(Leiter des Referates für Informationstechnik  
in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug)

Telefon 0431-988 3821  
Telefax 0431 / 988-66 3769

mailto:[Nils.Trares-Wrobel@jumi.landsh.de](mailto:Nils.Trares-Wrobel@jumi.landsh.de)

Internet: <http://www.justiz.schleswig-holstein.de>